

# Merseburger Korrespondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntag-  
feste. — Bezugspreis: vierteljährlich 1.90 Mk.,  
durch den Posten frei ins Haus 2.10 Mk.; durch die Post  
2.25 Mk. einschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf  
dem Bande 2.40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.  
— Fernsprecher Nr. 324. —

**Gratisbeilagen:**  
Illustriertes Unterhaltungsblatt  
Landwirthl. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Cottierelichen — Kurzgelell

Anzeigenpreis: Für die einseitige Zeile für den  
Raum 30 Pf. im Reklament 75 Pf. Chiffreanzeigen und  
Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzschrift ohne Verbind-  
lichkeit. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: 9 Uhr vormittags.  
—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —

Nr. 22

Sonnabend den 26. Januar 1918

44. Jahrg.

## Die Kanzlerrede im Hauptauschuß. — Auf allen Fronten geringe Gefechtsstätigkeit.

### Herrlings Rede im Hauptauschuß.

Die viel erwartete Rede des deutschen Reichstanzlers Grafen Hertling vor dem Hauptauschuß des Reichstages ist nun gehalten worden, aber man muß gleich betonen, daß sie Überwiegendes von seiner Seite hin bringt. Ein gewisser nüchternen Ton zieht sich durch die ganzen Ausführungen, aber man darf daraus nur entnehmen, daß Deutschland nicht die Stimulung durch die Kräfte bedarf, sondern auf der vom Reichstanzler als überaus günstig gekennzeichneten militärischen Lage die Diskussion in sachlicher Ruhe führen kann. Graf Hertling vermeidet es sogar, auf den sehr erheblichen Widerspruch von Trotski's Stellung in Breslau-Witow und in Petersburg hinzuweisen, obwohl durch die Deklaration der russischen Arbeiterrede, die man der Konsultation abwarten wollte, jetzt ganz klar erzieht ist, daß Herr Trotski für die besetzten Gebiete nicht die freie Willkür, sondern lediglich den Terror der roten Garde haben möchte. Allerdings erklärt der deutsche Reichstanzler Klipp und Klar, daß das Richtige von der Entente auf die Bahn-Tag-Praxis von Breslau-Witow und nicht nur gegenüber der Entente, sondern auch Rußland gegenüber freie Willkür geschaffen hat. Die Rede des englischen Premierministers Lloyd George fertigt der Reichstanzler nach Gebühr mit Überlegenheit ab. Er gesteht den veränderten Ton zu, stellt aber fest, daß in ihr von erstem Friedenswillen nichts zu hören ist. Eine eingehendere Würdigung findet das Friedensprogramm Wilson's. Mit nicht mißverständlicher Klarheit weist der Reichstanzler allerdings zum Schluß darauf hin, daß aus den 14 Punkten des Herrn Wilson kein ernstlicher Wille zur Friedensbereitschaft zu erkennen ist, daß sich der Präsident der amerikanischen Union in der Krisenlage völlig irrt und sich vermischt, in uns in der Rolle des Siegers zum Besten zu sprechen. Gleichwohl distanzieren der Reichstanzler die 14 Punkte Wilson der Reihe nach. Er stellt dort, wo Überstimmungen herrschen, diese fest, und geht auf jene Punkte ein, die uns direkt angehen, während er die Österreich-Ungarn und die Türkei betreffenden Fragen diesen Staaten zunächst zur Verantwortung überläßt. Uns interessieren naturgemäß die beiden Punkte Belgien und Elsas-Vosgingen. Mit Schärfe stellt der Reichstanzler fest, daß die Abtretung von Reichsgebiet für alle Zeiten abgetan ist. Aber ebenso klar weist er darauf hin, daß die Angleterung Belgiens zu keiner Zeit ein Programm der deutschen Regierung gewesen ist. Er lehnt es jedoch ab, diese Frage aus der Gesamtsituation vorher zu nehmen. Er geht weiter auf die Diskussion über Belgien damit allerdings nicht ab. Vielleicht ergibt sich noch im Laufe der Debatte die Möglichkeit, aber Belgiens künftige staatsrechtliche Stellung ist einzig zu laien. Das ist es, was namentlich in England interessiert, und man darf nicht vergessen, daß gerade in dieser Frage, starke Einwirkungsbedingungen auf die britische Friedensbewegung bestehen. Die Einwirkung des Reichstanzlers Wilsons in die polnische Frage wird vom Reichstanzler ebenfalls energisch abgewiesen. Wie hat die Entente etwas für die Polen getan, sie ist darum auch jetzt nicht befaßt, in eine Frage hineinzutreten, die ausschließlich Österreich, Deutschland und Polen angeht. Wenigstens in einigen Punkten ist so Arbeit geschaffen, im übrigen aber gilt das Wort Hertling's: möge die Entente mit neuen Vorschlägen kommen!

### Reichstanzler Graf Hertling und Graf Gernin zur Lage und zum Frieden.

Der Hauptauschuß des Reichstages trat am Donnerstag  
um 9 Uhr zusammen. Auf der mit Freisiedern waren  
jezt die Reichstagsabgeordnete erschienen. Reichstanz-

ler Graf Hertling kam in Begleitung der meisten Staatssekretäre. Er begann sofort nach Eröffnung der Sitzung mit seiner Rede, der wir folgendes entnehmen:  
— Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor dem Auschuß zu sprechen — es war am 8. Januar — standen wir, so schien es, vor einem in Breslau-Witow eingetretenen Zufallsfall.  
Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zufallsfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben. Die russischen Delegierten sind wieder in Breslau-Witow eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die die Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon verschiedenes Male hingewiesen. Manchmal konnte ich der Tat der Zweifel entstehen, ob es den russischen Delegierten ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerdings hauptsächlich die durch die Welt gehen mit höchst kläglichem Inhalt, könnten diese Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Breslau-Witow demnach zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstige sehen unsere Verhandlungen mit der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu einem Abichluß zu kommen, der nach der militärischen Lage der Ukraine ein Ergebnis vor bereits am 4. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen.

Die Jenen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht,

**Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer**  
zugeben zu lassen, sie sollten an den Verhandlungen teilnehmen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltenen Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschlüge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Inhalt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Ausdrückungen feindlicher Staatsoberhäupter erfolgt: die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Vorkämpf des Präsidenten Wilson am Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat, er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angegriffene Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Beifall.) Immerhin kann ich aber nicht zu weit gehen, wie manche Stimme aus dem neutralen Auslande, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen — so sogar eine freundliche Geltung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen, er gemißt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung, aber dazwischen steht es doch auch nicht an anderen Äußerungen, dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das alles hinwegsehen kann. Das ist nicht zu einem kurzen Rückblick zu sprechen habe. Eine Genugtuung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von erstem Friedenswillen noch nichts verzeichnen können. Wir sollen die Schuldigen sein, aber die nun die Entente zu Gericht sitzt. Das ist nicht zu einem kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorgegangenen Verhältnisse und Vorgänge.

Wegen Raummangels können wir auf diesen Rückblick nicht näher eingehen. Der Reichstanzler erklärte dann weiter: Sie haben die Reden Lloyd Georges und die Vorschläge des Präsidenten Wilson kennen gelernt. Ich muß wiederholen was ich zu Anfang sagte: Wir wollen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen uns wirklich ein ernstlicher, echter Friedenswille entgegentritt. Sie enthalten gewisse Grundzüge für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen und die Ausgangs- und Zielpunkte der Verhandlungen bilden können. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen können, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille wenig bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht vernichten, aber sie sichten begehrt nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder.  
Sie sprechen mit Ablehnung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen bringt immer wieder die Auffassung durch, daß sie seien wir die Schuldigen, die alles tun und Befehle geben müssen. Da ist immer noch der Sieger zu dem Besiegten, das spricht derjenige, der alle unsere früheren Äußerungen der Friedensbereitschaft als bloßes Zeichen der Schwäche deutete. Von diesem Standpunkt, von dieser Einstellung wollen sich die Führer der Entente nicht losmachen. Um es Ihnen zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn wirklich die Lage ist. Mögen Sie sich gelegentlich sein lassen: Unsere militärische Lage war niemals so günstig, wie sie jetzt ist.  
(Bravo!) Unsere genialen Heerführer setzen mit unermüdlicher Zuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften geht angebrochene Kampfesfreude.  
Ich erinnere an das Wort, das ich am 29. November im Senate sprach: Unsere wiederholt ausgesprochenen Friedensbereitschaft, der Geist der Verbündlichkeit, der aus unseren Vorschlägen spricht, der darf  
kein Freibrief für die Entente  
sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Jüngern aus unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren, aber, wie Lloyd George sagte, eine Rekonkordation einzutreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines dauerhaften allgemeinen Friedens. Aber dieser dauerhafte allgemeine Friede ist so lange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Bis dahin heißt es, ruhig zusammenzuhalten und abwarten. Im Ziele, meine Herren, sind wir alle einig. (Beifalliges Bravo!) Aber die Rechen und Modifikationen kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten. Errechen wir nicht über Formeln, die bei dem strengen Lesen der Begehrenden immer zu kurz kommen, und behalten wir über trennende Parteigegensätze hinaus das eine gemeinsame Ziel im Auge, das Wohl des Vaterlandes! Gehen wir zusammen, Regierung und Volk, an der Sieg wird unser sein.  
Ein guter Friede wird und muß kommen.  
Das deutsche Volk trägt in bewundernswürdiger Weise die Leiden und Kämpfe des nun in seinem zweiten Jahre währenden Krieges. Aber sie alle, Männer und Frauen, wollen aushalten und durchhalten; in politischer Reife lassen sie sich nicht von Schlagworten leiten, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückwünschenden Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen, Gott ist mit uns und wird auch ferner mit uns sein. (Beifalliges Bravo.)  
Aus den Ausführungen des Grafen Gernin in den österreichisch-ungarischen Delegationen seien folgende Stellen wiedergegeben: Die Bahn, auf der Österreich-Ungarn mit den verbündeten neu erkannenden russischen Reichern verhandelt, ist die ohne Kompromisse und ohne Anzweifeln. Das ist das Programm, von dem ich nicht abweichen werde. Ich erkläre nochmals, daß ich keinen Kreuzer von Rußland verlange,  
und daß, wenn Rußland, wie es scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt, die Friedensfrage kommen und ohne Anzweifeln. Diejenigen, die den Frieden im Leben Preis wollen, können Zweifel an meinen Anzweifeln.

plänen und Absichten gegen, wenn ich ihnen nicht mit der gleichen rückhaltlosen Offenheit ins Gesicht sagen würde, daß ich mich niemals dazu begeben würde, einen Frieden zu schließen, welcher über den oben zitierten Rahmen hinausginge. Graf Gernin schiederte dann die Schwierigkeiten, die einmal darin zu sehen sind, daß in Russland mit verschiedenen Völkern zu unterhandeln ist. Die zweite Schwierigkeit, welche vorliegt, und ich leugne es nicht, die Meinungsdivergenz in unserer deutschen Bundesgenossen über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Völker, nämlich jener Gebiete, die von den deutschen Truppen besetzt sind. Auch Deutschland steht auf dem Standpunkte, daß es keine gewaltsamen Gebiets-erwerbungen von Russland beabsichtigt.

Sind wir einmütig mit den Russen zum Frieden gekommen, ist meiner Ansicht nach der allgemeine Friede nicht mehr lange zu verhindern, trotz aller Anstrengung der westlichen Entente-Staatsmänner. Obwohl ich mich keinen Illusionen darüber hingeebe, daß die Frucht des allgemeinen Friedens nicht über Nacht reifen wird, bin ich dennoch überzeugt, daß sie im Reifen begriffen, daß es nur eine Frage des Durchdringens ist, ob wir einen ehrenvollen allgemeinen Frieden erhalten oder nicht. Ich bin in dieser Hinsicht neuerlich befestigt worden durch das Friedensangebot, welches der Präsident der Unionstaaten an die ganze Welt gerichtet hat. Es ist dieses ein Friedensangebot; denn in 14 Punkten entwirft die Erklärung die Grundlagen, worauf ein allgemeines Friedensverhältnis wünschenswert ist. Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine lebendige Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt

finde, daß sich unter seinen Vorschlägen einzelne befinden, welchen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten. Soweit sich die Vorschläge auf unsere Verbündeten beziehen — es ist von deutschem Volk, von Belgien und vom türkischen Volk darin die Rede — erkläre ich, daß ich getreu den übernommenen Bundespflichten für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum äußersten zu gehen feil entschlossen bin. Den vorliegenden Verhältnissen unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen. Das ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität.

Was den russischen Fallus anbelangt, so beweisen wir bereits mit der Tat, daß wir bestrebt sind, ein freundschaftliches Verhältnis zu schaffen. Was Italien, Serbien und Montenegro betrifft, so kann ich nur den Standpunkt wiederholen, den ich schon in der ungarischen Delegation zum Ausdruck gebracht habe. Ich weigere mich, als Vertreter der feindlichen Kriegsbündelnden zu figurieren. Ich weigere mich, unseren Feinden, welche hartnäckig auf dem Standpunkte des Kampfes bis zum Entbleiben bleiben, einseitige Konzessionen zu machen und ihnen die Waffen zu überlassen. Ich weigere mich, den Feinden den unermeßlichen Vorteil zu geben, den Krieg relativ ohne Risiko ins Endlos weiter-schleppen zu können. Was Herr Wilson den großen Entschluß, den er hinsichtlich des Bundesgenossen ausspricht, beweist, daß sie ihrerseits die Bedingungen erfüllen, unter denen ich zu Frieden bereit bin. So wird er sich das unermessliche Verdienst erworben haben, die allgemeinen Friedensverhandlungen ins Leben treten zu lassen. Ebenso offen und ebenso frei wie ich Herrn Wilson antwortete, werde ich mit allen denen sprechen, die mich selbst sprechen wollen. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß die Zeit und die Persönlichkeit des Krieges nicht ohne Einfluß auf die diesbezüglichen Verhältnisse bleiben. Was Punkt 13 anbelangt, so ist es ein offenes Geheimnis, daß wir Anhänger des Gebotens sind, es möge ein unabhängiger politischer Staat, der die Interessen von zahlreicher Bevölkerung beherrschend Gebiete einschließen würde, errichtet werden. Auch über diesen Punkt würden wir uns, so glaube ich, mit Herrn Wilson bald einigen und wenn der Präsident seine Vorschläge durch den Gedanken eines allgemeinen Völkerbundes frönt, so wird er wohl nirgends in der Österreichisch-ungarischen Delegation einen Widerstand finden. Wie ich aus diesem Vergleich meiner Ansichten und jener des Herrn Wilson ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt im Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden könne, im wesentlichen überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreteren Friedensfragen. Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Ausdrücke über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte.

Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Österreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten andererseits jene Großmacht unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widersprechen, liegt die Ermahnung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Völkern den Ausgangspunkt für eine verständliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in den Verhandlungen über den Frieden eingetreten sind.

Graf Gernin schied: Meine Arbeit mit dem Frieden mit der Ukraine und mit Petersburg. Der Friede mit Petersburg ändert an unserer bestimmten Lage gar nichts. Der Friede mit Petersburg wird uns dem allgemeinen Frieden näher bringen. Den Frieden mit der Ukraine würden wir, weil sie Leben und Mittel exportieren wird, wenn wir handelnd werden. Die Abrüstungsfrage ist heute eine Weltfrage, nicht nur bei unseren Gegnern, bei den Neutralen, sondern auch bei uns. Meine Ansicht ist, alles zu versuchen, um der notleidenden Bevölkerung des Entropen der Entbehrungen zu erleichtern, und deswegen verzichte ich nicht auf den Vorteil, den Frieden, wenn möglich, auf See oder Wasser früher zu bringen. Ein solcher Friede braucht keine Zeit, denn der Friedensakt muß vollständig, ob das und wie der Ukraine Kompatibilität liefern wird. Wir sind in keiner Lage, in der wir lieber heute einen schlechten Frieden, als ein wirtschaftliches Verbleiben als morgen einen guten mit wirtschaftlichen Vorteilen schließen müßten. Die Abzurückung der Ereignisse einbringen, welchen Endes nicht dem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern

zu behebendem Kohlentransport und Organisationskrisis. Mit Streitigkeiten werden wir uns in einem geistlich und beschleunigten durch solche Mittel den Frieden nicht. Entweder haben Sie Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiter zu führen, dann müssen Sie mir helfen, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich stützen. Es soll die Vertrauensfrage vorgelegt werden und wenn ich die Möglichkeit gegen mich habe, so werde ich sofort darauf die Kontinuität ziehen. Mich hält nichts an diesem Wege als das Mißtrauen, solange er besteht, als ich das Vertrauen des Kaisers und der Majorität der Delegationen habe.

## Der Weltkrieg

### Von den gesamten Kriegshauptplänen

werden keine besonderen Ereignisse gemeldet. Wie das „Echo de Paris“ meldet, schritten die von der französischen Exekutive in

Erwartung der deutschen Offensive unternommenen Verteidigungsarbeiten an der Westfront vorwärts. Clemenceaus Blatt „Homme Libre“ berichtet, daß die Verstärkung der Verteidigungsstellungen bei Nancy bereits befriedigend durchgeführt sei. Um trotzdem die wachsende Besorgnis der Pariser zu beschwichtigen, geben die Militärkritiker den guten Geist der Truppen hervor. Aber Herze, der die Stimmung der einfachen Soldaten immerhin besser kennt, ist weniger zuversichtlich und besagt im „Victoire“, daß an der Front allerlei wilde Gerüchte über den Ausbruch einer Revolution in Paris wieder umhanteln können.

Wie ferner die Express-Korrespondenz erfährt, finden gegenwärtig hinter der englisch-französischen Front die umfangreichsten Umgruppierungen seit Beginn des Krieges statt. Sämtliche amerikanische Truppen haben den Befehl erhalten, sofort an die Front abzurücken und Stellungen zu beziehen. Die Furcht vor einer bald beginnenden deutschen Offensive hat nach Pariser Meldungen die Regierung bewegen, besondere Vorkehrungen an der Front zu treffen. Das Generalquartier der Engländer und Franzosen soll bei dieser Gelegenheit auch auf die noch immer in der Provinz verweilenden Amerikaner einen Druck ausgeübt und befehligt haben, daß die Leitung der amerikanischen Division eine Truppenmacht für die Reise an die Front bereitgestellt hat.

## Vom Seekriege.

### Neue U-Boot-Denke.

Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz.

### 18000 Britto-Registertonnen.

Die Mehrzahl der Schiffe, die festbeladen war, wurde im Armeelager trotz harter feindlicher Anstrengungen jeder Art versenkt.

Ein der vernichteten Schiffe, das im südlichen Armeelager aus einem durch zahlreiche Seestreitkräfte geschützten Geleitszuge herangefahren wurde, war allem Anschein nach ein Transbordiermittel mit Kriegsmaterial.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Die Vorgänge in Russland.

Der „Daily Telegraph“ berichtet, daß gestern in den handbuchmäßigen Ländern Gerüchte zirkulierten, nach denen sich in

### Petersburg schwere Ereignisse

zutragen sollen. Der Korrespondent der „Daily News“ behauptet ein Manifest des Volkspartei-Kongresses von Petersburg, in welchem erklärt wird, daß die Gegenrevolutionäre sich geeinigt haben, um die bolschewistische Regierung zu stürzen, und daß Kerenski, Swinoff und Filoments in Petersburg eingetroffen seien, um sich an die Spitze der Regierung zu stellen. Die maximale Regierung soll 2000 Matrosen von Seljanofers und Kronstadt nach Petersburg berufen haben. In den Straßen der Hauptstadt sollen heftige Kämpfe geliefert werden. Nach dem Petersburger Korrespondenten eines finnländischen Blattes sollen weder die Volksgewalt noch die Sozialrevolutionäre Serren der Lage sein.

### Fortgang der schweren Kämpfe zwischen Magmalisten und Ukrainern.

An der Front dauern die Kämpfe zwischen den Ukrainern und Magmalisten an. Die russische 8. Armee beschließt, die Front zu verlassen und sich bewaffnet durchzuziehen, und zwar entweder nach Norden zur Vereinigung mit den Großrussen, oder nach Osten, um sich der Chortower Sowjet-Regierung zur Verfügung zu stellen. Das 3. Armeekorps der 9. russischen Armee wird sich wahrscheinlich anschließen. Die Ukrainer stellen sich dem Vormarsch entgegen; es sind hier blutige Zusammenstöße zu erwarten.

Bei Galatz kam es zu schweren Kämpfen zwischen den Russen und den Rumänen, bei denen die Russen unterlagen. Infolge dieser Niederlage traten 3200 Russen mit 22 Geschützen, 57 Maschinengewehren, 53 Feldtischen und 1200 Pferden auf unser Gebiet über.

Bemerkenswert ist die Nachricht, daß rumänische Truppen auch in Bessarabien einrücken und bei Kischineu zum Kampf kamen. Sie wurden geschlagen und verloren Gefangene. Über die Gründe zu dieser merkwürdigen Expedition meldet ein englischer Berichterstatter, daß die Rumänen behaupteten, gegen die Rada zu Hilfe gerufen worden zu sein. Im übrigen ist

man der Ansicht, daß Rumänien beabsichtigt, sich Bessarabiens, das es bekanntlich nach dem russisch-türkischen Feldzuge abtreten mußte, wieder zu bemächtigen.

Schließlich sei noch vermerkt, daß bei Taganrog Kämpfe zwischen den Russen und Donkoten stattfanden, in denen die Kubanbolshew den Sieg davongetragen haben wollen.

Nach Berichten aus Heffingsford ist jetzt ganz Südrußland mobil. Die Kamajone reist vom Dongebiet bis zum Schwarzen Meer. Reguläre Schlachten entspannen sich zwischen den Magmalisten und den Gegnern, die teils aus großen Kavalerieverbänden bestehen und fesseln auch aus zusammengewürfelten Truppen Kaledins.

Die Ukrainer in Petersburg erhielten die Nachricht, daß Teterinowlaw nach erbitterten Kämpfen in die Hände der Volksgewalt gefallen sei.

Die maximalistische Presse meldet aus Chortow über den Vorstoß der Ruten Garde, der Chortower Rada gegen Kiew. Nachdem das Generalsekretariat der Ukraine durch die Abweisung der Sowjetforderung des Rates der Volksbeauftragten den Bruch mit der Petersburger Volksrate herbeigeführt hatte, verständigte sich Lenin mit der Rada Chortow und sagte dem Chortower Kommissar des Krieges Dubosschitsch die volle bewaffnete Unterstützung für den gewaltsamen Sturz des Generalsekretariats und der „bürgerlichen“ Ruten Rada zu. Eine Abteilung von etwa 25000 Mann der Ruten Garde der bes. Donezgebirgs und einige Matrosenabteilungen, die über Artillerie verfügten, waren ukrainische Grenzschutztruppen bei Lubny und kehrten sich gegen Kiew in Bewegung. Südlich von Kiew kam es zu einem Treffen mit eiligt herbeigeführten kaiserlichen national-ukrainischen Truppen. In dem Kämpfe mußten sich die ukrainischen Abteilungen wider auf ihre Hauptstützkräfte bei Bnemei und Mochiw aus. Die Mitglieder des Generalsekretariats sollen sich in Sicherheit befinden, wie es heißt, sind sie nach Mochiw rechtzeitig abgerückt. Nord- und Südlich von Kiew halten die jüngerer Kämpfe zwischen den maximalistischen Truppen und den ukrainischen Verbänden von dem starken Kanonenfeuer. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr groß sein.

Aus allen diesen Nachrichten geht deutlich hervor, daß die Zustände in der russischen Armee deren ferneres Auftreten im Weltkriege nicht mehr möglich erscheinen lassen. In Petersburg befindet sich noch eine Garnison von etwa 200000 auf das wüthende hantierenden Soldaten, die für Ausschreitungen jeglicher Art zuhanden kommen lassen, aber wie lange sie zu der augenblicklichen Regierung halten werden, ist durchaus ungewiß.

Die tschechische Presse erhält jetzt fast täglich Meldungen von Generalisten russischer Truppen auf dem Hauptfront. Die Soldaten sollen die Bedeutung auf das höchste geachtet auszubilden, welche diesem Treiben nachfolgt gegenübersteht.

## Deutschland.

Der Vorwurf der Kriegsverlängerung. Ein Streit über die Frage, wer den Krieg verlängert, die Feinde oder die Friedensrevolutionäre vom 19. Juli oder deren Gegner, ist nur möglich dort, wo die Dinge auf den Kopf gestellt werden. Die Parteien der Linken dürfen sich frei fühlen von der Verantwortung für die Verlängerung des Krieges. Die „Kreuzzeitung“ aber bringt es am Mittwoch abend fertig, ganz allgemein den Reichstag, d. h. seiner Wahrheit, den Vorwurf zu machen, daß die Schuld an dem langen Kriege hätte. Sie schreibt nämlich: „Der preussische Landtag an Stelle des deutschen Reichstages hätte für Deutschland den schnellsten Sieg im Weltkriege bedeutet. Der englische Senat, wie wir zu ihm an Truppenzahl und Mannschaften als Frankreich trotz unserer Verzögerungen von 15 Millionen in der Bevölkerung. Daran aber trug die Schuld die Demokratie, die sich jeder Wehrbeschränkung zum Ausbau unserer Rüstung widersetzte und dadurch die Regierung abgehalten hat, rechtzeitig die nötigen Vorkehrungen zu treffen.“ Ähnliche Vorwürfe sind schon früher erhoben und einmündig zurückgewiesen worden. Es wurde behauptet, daß die Nichtausbildung der Ersatzreservisten, Nichtannahme der See- und Marineverlegen den Krieg verlängert hätten. Gegenüber vieler jeder Darstellung hat Reichstagsabg. Liebig schon in vorigen Jahr hervorgehoben, daß der Fortschritt der Ausbildung der Ersatzreservisten von der Militärverwaltung jederzeit selbst vorgezogen und in den Verhandlungen des Reichstages von keiner Seite beanstandet worden ist, und nicht von den Konventionen. Vor einigen Tagen erhob Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den früheren Reichstagsabg. von Weismann Döllweh den Vorwurf, die Ausschließung der deutschen Wehrkraft vermindert zu haben. Darauf wurde von einem konservativen Mann, Dr. Friedrich Timm, nachgewiesen, daß nicht einer von allen Reichstagsabg., Weismann nicht ausgeschlossen, so viel für die Wehrkraft unserer See- und Landmacht getan hat, wie Weismann Döllweh, daß dieser vielmehr allein annähernd so viel getan hat, wie seine drei Vorgänger zusammen genommen. Den Konventionen, die heute dem Reichstag förmlich vorgetragen sind, in der deutschen Rüstung vorzuziehen, darf überdies entgegengehalten werden, daß die Konventionen selbst sich in der Opposition befanden haben, als es sich darum handelte, die letzte Verantwortung die erforderliche Bedingung zu beschaffen. Solche Vorwürfe, wie jetzt wieder in der „Kreuzzeitung“ erhoben worden sind, sollten ein für allemal der Vergangenheit angehören anstatt der Opfer, die während des Krieges von Deutschland unter Zustimmung aller Parteien gebracht worden sind.

Stimmen über das Selbstbestimmungsrecht. In der Sitzung vom 21. Januar vertritt Reichstagsabg. Hermann Anshelm über die Selbstbestimmung der Völker. Er hat zunächst den Feinden vor: „Acht, Ihr Engländer, die irische Zukunft in irische Hände! Wartet ab, ob die Rechte der Bewohner der grünen Insel eure Gemeinwohl vor besser finden werden, geht ihnen einen großen Schlag der Selbstbestimmung!“ Er fragt, „Ihr Amerikaner, eure Regent, wie sie sich finanziell einrichten wollen, ob



**Bekanntmachung**  
 Zahlreiche Bekleidungs- und  
 Schuhmacherbetriebe von Gabel und  
 Schwanitz, Kienitz, Kienitz, Kienitz  
 und Kienitz, Kienitz, Kienitz, Kienitz  
 haben die  
 nach der Bekanntmachung  
 vom 25. August 1917 obliegende  
 Pflicht zur Anmeldung ihrer ge-  
 samten gebrauchten und un-  
 gebrauchten Bekleidungs- und  
 Schuhmacherbetriebe, sowie aller  
 sonstigen Bekleidungsgegenstände  
 im Sinne des § 1 des Gesetzes  
 vom 1. Oktober 1917  
 nicht erfüllt. Die Eigentümer,  
 deren Namen der  
 Bekleidungsregisterbehörde  
 bekannt sind, werden jetzt  
 zur Nachholung der Anmeldung  
 aufgefordert. Die Anmeldung  
 ist einzureichen bei der  
 Bekleidungsregisterbehörde  
 in Berlin W. 50, Ritter-  
 bergplatz 1. Zu welchem in der  
 Bekanntmachung vom 1. Oktober 1917  
 die Fristen angegeben sind.  
 Der 24. Januar 1918  
 Die Königl. Landrat,  
 J. B. Kienitz, Kreisrat

**Hundekuchen**  
 Sternbergerstr. Kötzschenbroda.

# Damen-Mäntel, Blusen Jackenkleider, Röcke

in schöner Auswahl und zu mäßigen Preisen

Besonders empfehlenswert:  
**ein Posten Frauen-Kostüme**  
 in grossen Weiten aus guten reinwoll Stoffen  
 auf Solde gefertigt in den Preislagen von  
**Mk. 95.— bis 195.—**

**Otto Dobkowitz, Merseburg.**

## Rüben- und Schnitzel-Trocknung.

Aufträge zur Trocknung von Futterrüben, alle  
 anderen Arten Rüben sowie Rübenschnitzel werden  
 entgegenommen.  
 Getrocknete Rüben und Schnitzel halten sich un-  
 begrenzt, das Fäulen der Futterrüben wird vermieden,  
 und viel Futter vor dem Verderben gesichert.  
 Nähere Auskunft erteilt  
**Stadtbränerei Merseburg.**

Anmerkungs Bedienung. Mässige Preise.

**Karl Tänzer-Adolf Schäfers Nachf.**

Spezial-Geschäft  
 für  
**:: Herren-Wäsche ::**  
**Tricotagen, Shlipse**  
 Wäsche-Anfertigung in  
 eigenen Arbeitsstuben.  
 Fernruf 259.

**Merseburg Entenplan 7**

Solide Qualitäten. Grosse Auswahl.

**Ein erfahrener Kesselheizer**  
 möglichst zu sofortigem Antritt gesucht.  
**C. W. Julius Blanke & Co.,**  
 Maschinenfabrik.

### Kammer - Lichtspiele!!!

Kleine Ritterstrasse 3.  
 Sonnabend! Sonntag! Montag!  
 Anfang 7 1/2 Uhr Anfang 7 1/2 Uhr  
**„Der unsichtbare Zeuge!“**  
 Ein aussergewöhnlich spannender und spannender  
 Kriminalfall in 4 Akten.  
**„Mitternachtsseele!“** Drama in 4 Akt.  
 Ausserdem ein vorzügliches Bespielprogramm!  
 Ab Sonntag nachm 3 Uhr grosse Jugend-Vorstellung  
 ab 6 und 7 1/2 Uhr Vorstellungen für Erwachsene

### Preussischer Beamtenverein

Zur Vorfeier des Geburtstages S. M. des Kaisers  
**Vortrag mit Lichtbildern**  
 des Marinepfarrers a. D. Wansemann-Lelpzig  
 über  
**„Flandern und der U-Boot-Rolle“**  
 Sonnabend den 26. Januar d. Js., 7 1/2 Uhr  
 abends im „Tivoli“.  
 Der Vorstand.

### Kaisergeburtstagsfeier.

Was der Geist der Stunde auch alle grösseren Feiertags-  
 feiten verbietet, so drängt es doch gewiss gerade jetzt, wo unsere  
 Feinde immer wieder versuchen, das deutsche Volk von seinem  
 Kaiser zu entfremden, viele patriotische Männer, unserer geliebten  
 Landesvater an seinem Geburtstage in einfacher, würdiger Form  
 die alte Treue und Liebe auf's Neue zu verjüngen.  
 Aus diesem Gefühl heraus laden die städtischen Behörden  
 alle vaterländisch gesinnten Männer zu einer  
**Kaisergeburtstagsfeier**  
 auf Sonntag den 27. Januar 1918  
 abends 8 Uhr  
 nach dem feierlich geschmückten Saale der „Kulturhalle“ ein.  
 Die Feier besteht in Vorträgen der Gewerkschaft, Ansprache  
 des Ehrenbürgermeisters, allgemeinen Liedern und Kovert.  
 Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben.  
 Merseburg, den 22. Januar 1918.  
 Der Magistrat. Die Stadtverordnetenversammlung.  
 Herrsch. Vorsteher.

### Merseburger Militär-Berewe.

Zum gemeinsamen Kirchzuge am Geburtstage Seiner  
 Majestät des Kaisers treten die Vereinskameraden  
**Sonntag den 27. Januar d. Js., 9 1/2 Uhr vorm.**  
 am Kriegerehrmale vor dem Gottiardstort an.  
 Zahlreiches und dankliches Erscheinen erwünscht.  
 Merseburg, den 24. Januar 1918.  
 Namens der Vereinsvorstände  
 Sigardt.

### Der nächste Unterhaltungsabend für Junge Mädchen.

Die in Fabriken und sonstigen ge-  
 werblichen Betrieben beschäftigt  
 sind, findet statt  
**Sonntag d. 27. Januar,**  
 abends 7 Uhr,  
 Karlstrasse 4 (Unterhaus).  
 Neue Mitglieder sind herzlich  
 willkommen.  
 J. W. H. Mann

### B.-V. „Germania“

Sonabend den 26. d. Ms.,  
 abends 8 Uhr,  
**Monatsversammlung**  
 im Beisein des städt. Ratsvorsitzenden  
 „Das Gelingen aller Mit-  
 glieder ist erwünscht.“  
 Der Vorstand.



### Des Bereinsgeflogelfutter

besitzt Kaufmann F. Sommer,  
 Unter-Altenburg 13, Fernruf 420,  
 am 28. 29. und 30. d. M. nachm.  
**Sonntag den 3. Februar, nach-  
 mittags 3 Uhr, Beipredung der  
 neuesten Tagesfragen für Heinen  
 Schilgenhüter.** Der Vorstand.

### Wenig gebrauchter Gasofen und Gasbratofen

zu billigen zu verkaufen  
 Selbstverf. 12.  
**Gründlicher gewöhnlicher  
Klavier-Unterricht**  
 wird erteilt. Wo? sagt die Exped.  
 dieses Blattes.

### Gärtnerlehrling

zum Unterrichten der Jung-  
 gärtner erlernt. Kost u. Wohn-  
 ung im Hause frei.  
**H. Scheibel,**  
 Merseburg, Truchsecker Str. 45.

### Gärtnerlehrling

sucht unter günstigen Bedingungen  
**W. Wittenbecher,**  
 Handels-Revisor,  
 Merseburg, am Baumarktstr. 1.

### Ein Lehrling

zum Dienen in die Bekleidungs-  
 Geschäft.  
**August Schelle,**  
 Dorothea-Strasse, Untermerseburger-  
 Strasse 10.

### Lehrling

unter günstigen Bedingungen.  
**Ernst Weiss, Goldschmied,**  
 Fehlbühl.

### Hausmädchen

wegen Erkrankung des letzten  
 für sofort bei gutem Lohn ge-  
 sucht.  
**Frau E. Gölling,**  
 Wilhelmstr. 2.

### Alteres Schulmädchen

für einige Stunden des Nachm.  
 gesucht.  
**Straße 15, Part.**

### 14-15 jährigen Arbeitsburschen

sucht für sofort  
**Peltischen-Talstr. 11/12, Str.**

Im vergangenen Sonnabend  
 nachmittags 11 Uhr an der Haupt-  
 straße der elektrischen Straßenbahn  
 ein Paket Anhalt eine  
**Wiederkehr**  
 haben gebrochen. Es wird gebeten,  
 das Paket in der Gegend  
 Brandel abzugeben.  
 Georgs-Haus-Merseburg.

Politische Übersicht.

Osterreich-Ungarn. Die deutsch-böhmische Bewegung... Die deutsch-böhmische Bewegung...

Norwegen. Die „Neue Bärde Zeitung“ berichtet, daß die Verhandlungen... Die Verhandlungen...

Frankreich. Der Schmerz der drei der französischen... Der Schmerz der drei der französischen...

einen Staatsstreich und den Entzug... einen Staatsstreich und den Entzug...

England. Der „Progress de Lyon“ meldet, daß eine Umbildung... Der „Progress de Lyon“ meldet, daß eine Umbildung...

170 Mark, Weizen 75 Mark, Weizenmehl 220 Mark... 170 Mark, Weizen 75 Mark, Weizenmehl 220 Mark...

Santhomas. 24. Jan. Zur Errichtung eines Kranzenghauses... Zur Errichtung eines Kranzenghauses...

Dembach. 24. Jan. Nach einer Verfügung des Groß-Bezirksdirektors... Nach einer Verfügung des Groß-Bezirksdirektors...

Dejau. 25. Jan. Die getriggte Stadterordnetenversammlung... Die getriggte Stadterordnetenversammlung...

Altenburg. 24. Jan. Wie von anderen Orten... Wie von anderen Orten...

Arzachleben. 24. Jan. Durch die Gendarmerie wurde hier... Durch die Gendarmerie wurde hier...

Welpitz. 25. Jan. Der bekannte Leiter des Thomas-Gebäude... Der bekannte Leiter des Thomas-Gebäude...

Dresden. 22. Jan. Die vor kurzem verstorbenen Witwe Marie... Die vor kurzem verstorbenen Witwe Marie...

Provinz und Umgegend.

Halberstadt. 24. Jan. Die Nahrungsmitteleinrichtungen... Die Nahrungsmitteleinrichtungen...

Verhollten.

Original-Roman von S. Couris-Mahler.

16. Fortsetzung. Mademoiselle verboten. Dieses Zimmer... Dieses Zimmer...

Vater und Tochter hatten für den Vormittag den Besuch... Vater und Tochter hatten für den Vormittag den Besuch...

Als Eilian mit ihrem Vater Tisch genommen hatte, sah... Als Eilian mit ihrem Vater Tisch genommen hatte, sah...

„Gut, gut! Ich danke Ihnen.“ „Vater und Tochter... Vater und Tochter...

„Wie freue ich mich, Rena, daß Sie endlich hier sind... Wie freue ich mich, Rena, daß Sie endlich hier sind...

„Heute brauchte ich Rena von Drillingen nicht darüber... Heute brauchte ich Rena von Drillingen nicht darüber...

„Das kann wohl sein, Eilian, ich habe damit gerechnet... Das kann wohl sein, Eilian, ich habe damit gerechnet...

„Sie geht, ich bedauere es sehr, glaubte angeteilt... Sie geht, ich bedauere es sehr, glaubte angeteilt...

„Tante Sissi war wirklich keine Schönheit und es sicher... Tante Sissi war wirklich keine Schönheit und es sicher...



Sollte von der Vollauszahlung abgesehen werden, so kann der Selbstversorger die Güter, welche beim Vermahlen des ihm zugehörigen Getreides anfallen, in eigenen Betrieben verfrachten.

**Maiz (Weizenform)** darf der Landwirt in seinem eigenen Betriebe oder in den dazu gehörigen gewerblichen Nebenbetrieben in beliebiger Menge verwenden.

**2. Hirse.**

Maiz, Rüben, Hebräer, Nudeln, Sonnenblumen, Senf, Datteln, Mohr und Hauf dürfen nicht verfrachtet werden.

Reinlender darf der Landwirt bis zu 5 Doppelcentner behalten. Diese dürfen auch verfrachtet werden.

Die bei der Verarbeitung der Hirse für den Ernte 1917 anfallenden Stroh- und Halmreste werden den Erntehelfern bis zu 30 Prozent der Menge an Stroh und Datteln bis zu 50 Prozent des Gesamts der abgeklärten Ernte auf Antrag zurückgegeben. Diese Stroh- und Halmreste dürfen in landwirtschaftlichen Betrieben des Erntehelfers verfrachtet werden.

**3. Kartoffeln.**

Kartoffeln dürfen weder verfrachtet, noch zu Futterzwecken verwendet werden. Ausgenommen sind frische Kartoffeln und Kartoffeln bis zur Größe von 1 Zoll. Auch die Verfrachtung von Kartoffelstärke, Kartoffelkartoffel- und Erzeugnissen der Kartoffelzuckererzeugung (Kartoffelmehl, Kartoffelflocken) ist verboten. Diese Erzeugnisse sind an die Erntehelfer, Verarbeitungsanstalten, die in Berlin abzurufen. Die Verfrachtung verbodener Erzeugnisse ist von der Freigabe durch die genannte Gesellschaft abhängig.

Bestehen von Erntehelfern mit Einschluß von Genossenschaften und Gefängnissen, die selbstgenutzte Kartoffeln einschließlich Kartoffelstroh verarbeiten, können von der Freigabe 1918 ab auf Antrag die noch diesem Zeitpunkt gemessenen Kartoffelmengen bis zu 20 Hunderter, sonstige Erzeugnisse der Kartoffelzuckererzeugung bis zu 10 Hunderter von der Freigabe freigegeben werden.

Kartoffelstämme und Kartoffelrüben dürfen, soweit diese Futtermittel in einer zu einem landwirtschaftlichen Hauptbetriebe gehörenden Brennerei oder Stärkefabrik anfallen, in dem landwirtschaftlichen Betrieb verfrachtet werden.

**4. Futterrüben.**

Die Verfrachtung von Futterrüben ist verboten. Ausnahmen von dem Verbot können im Einzelfalle die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden zulassen.

Jedoch wird eine solche Ausnahme nur für die Verfrachtung selbstgebaubarer Futterrüben in eigenen Betrieben zugelassen.

Die Futterrüben dürfen an die Rüben bauenden Landwirte bis zu 85 vom Hundert der anfallenden Rohschmelze in Form von Trockenrüben oder Melasse-Steinrüben oder 50 vom Hundert der anfallenden Steifenrüben einschließlich Melasse 0,2 Prozent des abgeklärten Rübengetreides zurückgeführt werden. Die anfallenden Futtermittel im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe verfrachten.

Im übrigen dürfen Futterrüben und anderartige Futtermittel nicht verfrachtet werden, wenn sie zu einem Zweck als Futtermittel für den Deutschen Landwirtsch. G. m. b. H. angesetzt sind.

**5. Sonstige Futtermittel.**

Die übrigen selbsthergestellten Futtermittel kann der Landwirt in der eigenen Wirtschaft beliebig verfrachten. Dies gilt vor allem für alle Futtermittel, die für Pferde, Mähren, für Gänse und Enten, ferner für Heu und Stroh, und für das im eigenen Betriebe durch Aufschichtung von Stroh gewonnene Kraftstroh.

Nicht verfrachtet darf der Landwirt die Mengen Heu und Stroh, die er für Zwecke der Kriegswirtschaft nach Anordnung des Versorgungsverbandes abzurufen hat.

Aber die Sammlung und Verwertung von Ausbeuten können die Landeszentralbehörden Bestimmungen treffen. Verboten ist die Verfrachtung von Abfallmüll, Schlacke, Schlamm, noch hervorzuheben werden, daß die Erlaubnis zur Verfrachtung nach § 10 des Gesetzes die Ermächtigung zur Verfrachtung enthält. Rindvieh sind alle Futtermittel mit Ausnahme von Getreide, Senf, Stroh, Häfen, Futterrüben, Rindvieh- und die Verfrachtungserklärung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, G. m. b. H. abzurufen, soweit sie nicht in der eigenen Wirtschaft verfrachtet werden. Diese Verfrachtungsgültigkeit gilt insbesondere für Melasse, Schmelze, Maiz, Gänse, und Rohmaiz.

Die Verfrachtung von Heu, Stroh und Häfen haben die Landeszentralbehörden bis auf weiteres im Einzelfalle abhängig gemacht.

## Mücheln und Umgegend.

**25. Januar.**

\* Aus dem Kreise Querfurt, 25. Jan. Der Kgl. Landrat macht bekannt: Die Heeresverwaltung braucht dringend Kartoffeln; ich werde mich an alle Landwirte des Kreises mit der dringenden Aufforderung, sofort möglichst viel Kartoffeln abzurufen, damit militärische Zwangsmaßnahmen vermieden werden. Die Ortsbehörden haben dies sofort zur Kenntnis aller Landwirte zu bringen. Die Kommissare ersuche ich, mit allen Kräften die Kartoffelbefreiung zu fördern.

## Wetterwerte.

R. M. am 26. 1.: Wolkig, teilweise neblig, mild, frühzeitig etwas Regen. — 27. 1.: Ziemlich trüb, etwas Niederschläge, etwas kälter.

## Gerichtsverhandlungen.

**1. Schöffengericht Merseburg.** Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen einen für jugendlichen amtsgerichtlichen Strafbefehl hätte die Frau Selma K. aus Dörthe die Strafe, die beschuldigt war, etwa 10 Zentner beschlagnahmte Getreide beiseite geschafft zu haben. Die Sache wurde vertagt, zwecks Verhaftung weiteren Beweismaterials. — Der Schlosser Franz M. in Merseburg wurde angeklagt, am 7. Oktober 1917 in Döberna dem Soldaten Richard Reimer eine Geldbörse von 140 M. gestohlen zu haben. Es erfolgte beim Freisprechung mangels ausreichender Beweise. Wegen Betrugs wurde der Schnalbe Carl B. aus Merseburg mit 2 Wochen Haft bestraft. — Der ledigen Emma K. aus Halle d. S.

war ein amtsgerichtlicher Strafbefehl zugestellt, gegen den schon eine Art Revisionurkunde bestanden; am Montag toter die gerichtliche Entscheidung beantragt hatte. Sie sollte im September v. J. in der Justizkammer Karloffeln gelassen haben. Die K. gab jedoch den Antrag vor Eintritt in die Verhandlung zurück. — Weil er ihrer Mitarbeiterin Rosalie Naworski am 20. November 1917 in den U. u. n. a. s. in einen Geldbetrag von 130 M. gestohlen hatte, wurde die Arbeiterin Anna K. aus Merseburg mit 5 Tagen Gefängnis bestraft. — Die Arbeiterin Martha H. aus Merseburg hatte sich insofern der Unterzulassung schuldig gemacht, indem sie am 2. November 1917 in den Leunaerwerken von ihr gefundenen, auf den Betrag von 53,30 M. lautenden Rohsilk abgabte, indem sie sich beschuldigt, wegen Unterschlagung erkannt, das Gericht auf Beschuldigung von 20 M. oder 4 Tagen Gefängnis. — Die Schlosser Ludwig B. und Josef S. aus den Leunaerwerken waren angeklagt, am 2. September 1917 in Merseburg den Schüler Kämer aus Halle gemeinschaftlich misshandelt zu haben, indem B. den Schüler über den Kopf schlug, während S. ihn am Arme packte. S. ist inzwischen zum Militär eingezogen und konnte deshalb nur gegen B. verhandelt werden, der mit 30 M. oder 6 Tagen Gefängnis bestraft wurde. — Wegen Betrugs hatte sich der Arbeiter Friedrich H. aus Merseburg zu verantworten. Er hatte sich unter Vorlegung des auf den Namen des sich im Krankenhaus befindlichen Mannes Gustav Roth ausgefertigten Wohnortantrags ohne Willen des Roth ausgefertigten Wohnortantrags die Leunaer Werke nachzugehen, um die Gehaltsliste von 120 M. herauszubekommen. Unter Verhaftung der Jugend des Angeklagten erlangte das Gericht auf eine Strafe von 10 M. oder zwei Tagen Gefängnis. — Gerichtliche Entscheidung gegen eine ihm zugestellte politische Strafbefehl gegen die Arbeiterin Friederich H. am 8. Oktober 1917 in den U. u. n. a. s. in mehreren Tagen unentschiedig die Schule verjagt haben. Der Antrag wurde vor Eintritt in die Verhandlung zurückgezogen. — Weil er dem Arbeiter Aug. Schreiber am 8. November 1917 in den Leunaerwerken eine Schippe am Werte von 3 M. gestohlen hatte, wurde der Arbeiter Franz G. aus Merseburg unter Verhaftung der Jugend mit einem Verweise bestraft. — Der Arbeiter Gustav B. aus Merseburg sollte dem Arbeiter Ernst Köhler daselbst ein Teil von 2 M. Wert weggenommen haben, weshalb er wegen Diebstahls angeklagt war. Mangels ausreichender Beweise erlangte das Gericht auf Freisprechung. — Die Arbeiterin Emma B. und Georg S. in Halle waren wegen verbodenen Verkehrs mit Kriegsgefangenen angeklagt. Die B. sollte mit dem einen französischen Kriegsgefangenen geschlechtlich verkehrt, und die S. mit einem andern getan haben. Die B. wurde mit 2 Wochen Gefängnis und die S. mit 30 M. oder 10 Tagen Gefängnis bestraft. Die Arbeiterin Emma B. sollte in Halle gefasst worden sein, das Gericht erlangte auf Freisprechung, indem sie den Landwirt Hermann Fische in Halle unter der falschen Angabe, beim in Dienst treten zu wollen, zur Herabgabe eines Vorstufes in Höhe von 16 M. Wert veranlassen, den Dienst aber nicht antrat und das Geld für sich verbrauchte. Sie wurde aber freigesprochen, weil sie nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie von vornherein die Absicht gehabt hätte, den Dienst bei Fische überhaupt nicht antreten zu wollen. — Die Arbeiterin August K. in Halle wurde am 2. September, im September 1917 in Stolpann ihren Dienstherrn, dem Landwirt Adolf Koch, 10 M. Wert weggenommen, unter dem Vorwand, sich nach dem Feldbeschäftigten — durch Wegnahme von Bohnen und Äpfeln — schuldig gemacht zu haben. Wegen des Geldbetrags erfolgte Freisprechung, wegen des Feldbeschäftigten Verurteilung zu 10 M. oder 2 Tagen Gefängnis. — Der Arbeiter Johann P., früher in den Leunaerwerken, jetzt in Döberna, wurde am 1. August 1917 in Halle wegen Unterschlagung eines Geldbetrags von 10 M. Wert angeklagt, indem er den Arbeiter Dampff unter Vorwand der Ernte über den beschlagnahmten des Gutbesitzer Hofst in Döberna weggenommen sollte. Das Gericht bestrafte die mit Polizeistraf in Höhe von 10 M. oder 2 Tagen Haft. — Der aus der Unterzulassung beschuldigte Maurer Wilhelm Geis Klein-Biedrich erhielt wegen Unterschlagung eines Geldbetrags von 10 M. Wert und wegen der gleichen Übertretung der Dienstpflicht Friedrich B. aus Gammilsh eine Strafe von 3 Tagen. — Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen einen für jugendlichen amtsgerichtlichen Strafbefehl hatte der Heizer Albert S. aus Döberna, der beschuldigt war, im Juli 1917 aus der Heizerkammer eines Gasthauses 10 M. Geld abzurufen zu haben. Die Sache wurde vertagt, zwecks Erhebung weiteren Beweismaterials. — Die Arbeiterin Elna S. in GutsMuth war wegen Diebstahls angeklagt. Sie sollte im Jahre 1917 folsgeklagt Kartoffeln, Mohrrüben, Rüben, Kartoffeln und Breiten — nicht ermittelten Eigentümern gehörig — gestohlen haben. Das Gericht setzte eine Gefängnisstrafe von 1 Woche fest.

## Bermischtes.

\* Eine Adressliste. Vom Kriegsgericht in Altona wurde ein fünfziger Jäger Thomas Wolf wegen Totschlag aus 8 Jahren Justizhaus verurteilt. Während er noch im Gerichtsgefängnis lag, kam ein Freund von ihm, der noch unbekannt ist, auf keine Weise eine Haftbescheinigung zu bekommen, weil er nicht den Namen des Hauptmanns von Kopenitz und hatte auch Erlaß damit. In der Uniform eines Unteroffiziers und ausgerüstet mit entsprechendem gefüllten Koffer erlitten der Mann im Gerichtsgefängnis und erklärte, daß er der Auftrag habe, den Verurteilten Wolf dem Kriegsgericht vorzuführen. Das Kopenitz glaubte, die Bescheinigung zu haben und den Auftrag zu befehlen. Man hängte den Gefangenen dem vermeintlichen Unteroffizier aus, und beide verschwand. Man hat noch keine Spur von ihnen wieder gefunden.

**Ein Gänsehändler.** Ein Einwohner von Reumünster konnte dieser Tage von einem Händler jedes Gänse für 240 M. Die Gänse wurden sofort bezahlt und sollten abgeholt werden. Ein auf Urlaub weilender Soldat, der sich den Handel mit angehört hatte, holte die Gänse im Namen des Käufers ab und verkaufte sie sofort wieder für 100 M. Anzuweisen die Gänse gegen die dritte und vierste Übergangung und feiner wurde sie jedoch gehalten. Der Käufer ist keine 240 M. los. Der Soldat ist inzwischen wieder zur Front abgereist. \* „Brotkartensur.“ Berliner Mütter berichten: Nicht weniger als 21 Anlagen wegen Vergehen und Übertretungen von Nahrungsmittel-Verordnungen kamen am Mittwoch vor einer einzigen Abendsitzung des Schöffengerichts in der Reichshausstadt die manche bemerkenswerte Einzelheiten zutage förderte. So kam in einer Strafsache zur Sprache, daß auch für Brotkarten

eine Art Börsenkurse besteht; am Montag toter die Brotkarte 2,75 bis 3 M., der Preis steigt dann bis zum Sonntag bis zu 4,50 M. Von einem Kalkulationsbeleg wurde u. a. bekannt, daß die Hauptbrotbäckereien für Brotkarten neben den Lokalen in der Schönhauser Straße die Überfahrten der großen Kriegsmaterialfabriken seien, wo es vorkomme, daß Leute am Freitag, wenn sie 150 und 200 M. ausgeführt erhalten, 10 Brotkarten für 30 bis 40 M. kaufen. — In einer Sache betandete ein Zeuge, daß in Berlin auch eine Drunder befehlen soll, die nichts weiter drückt als die in folgendem, politisch unglücklich und dämlicher Sprache verfaßte, Einmündelungen für die sogenannten „Auslandsbonbons“, die das Ausland nie gesehen haben, sondern aus gutem deutschen Rübenaud hergestellt sind. Diese „Auslandsbonbons“ kosten freilich das Wertepfund 2,50 M. bis 4 M., also das Pfund 10—16 M.

## Neueste Nachrichten.

### Der deutsche Heeresbericht.

Berlin, 25. Jan. (Grobes Hauptquartier.)

**Weißlich Kriegshauptquartier.**

Zwischen Rochelle und der Ost. bei Zens auf dem Feld der Geographie lehte die Gefechtsstärke am Mittag auf. An verschiedenen Stellen der Front Ermüdnungsgefühle.

Von den anderen Kriegshauptquartieren nichts Neues. Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

**Neue U-Boot-Deute.**

Berlin, 25. Jan. (Amlich.) Sechs Dampfer und ein Nachkriegszeug wurden lebhaft von unseren U-Booten verlegt. Vier Dampfer wurden dabei unter der englischen Küstenlinie in die Bucht von Brest verlegt. Die meisten von ihnen aus einem durch viele zerstört und Fischdampfer gestiegenen großen Geleitung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**Verprechung der Reichsfinanzler.**

Berlin, 25. Jan. Im Hauptausgang des Reichstages begrüßte Lindbörn (Zentr.) die Erklärungen des Reichsfinanzlers. Die letzten Reden Wilsons und Lloyd Georges waren milde. Unannehmbar sind die Forderungen über Ersatzleistungen. Die Schuldverhältnisse werden belagert, sie sind unüberwindlich. Die wichtigsten Punkte sind unterer großer Unterschieden in den Mäßen gefallen. Ein erstes Wort, was es General Hoffmann sicherlich im Einvernehmen mit der diplomatischen Vertretung gesprochen hat, war den Volkswirtschaft gegenüber wohl am Platz. Im Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde in den Verhandlungen (Mittelpunkt). Die militärische Räumung kann erfolgen, wenn es die Staatsräumung gegenüber und die inneren Verhältnisse der Gebiete gestaltet. Mäße und Ansbau des Bündnisses mit der Danonmarische sind unsere vornehmste politische Aufgabe.

Sehe demann (Soz.) wendet sich gegen die annerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der West-Europäer vom 27. Dezember wie besser unterscheiden. Sie rieft den Gehn der Zweideutigkeit hervor. Die Regierung muß sich von den strengen Losungen, die uns von unserem Bundesgenossen zu trennen suchen. General Hoffmann ist ein glänzender Soldat. Seine erste Rede über die militärische in Eifererisch den Streit. Das Wort soll sich befehlen, was keine Aufgaben sind, nicht aber politisieren. Wilsons Rede bietet eine Handhabe für die Möglichkeit eines baldig anzugehenden ohne Anzügen und Kontributionen. Schlag-Drögen muß deutlich bleiben. Die Lösung der belagerten Frage (Mittelpunkt) die schlagdringliche von selbst aus. Die unerschütterlichen und die wichtigsten Punkte sind unterer großer Unterschieden in den Mäßen gefallen. Ein erstes Wort, was es General Hoffmann sicherlich im Einvernehmen mit der diplomatischen Vertretung gesprochen hat, war den Volkswirtschaft gegenüber wohl am Platz. Im Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde in den Verhandlungen (Mittelpunkt). Die militärische Räumung kann erfolgen, wenn es die Staatsräumung gegenüber und die inneren Verhältnisse der Gebiete gestaltet. Mäße und Ansbau des Bündnisses mit der Danonmarische sind unsere vornehmste politische Aufgabe.

**Fische (Fr. P.).** Eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes gibt es keine Verhandlungen mit England. Nach der Polenproklamation der beiden Kaiser kann man die Polen nicht wieder an England aussetzen. Die Wille der Döberna zur Selbstständigkeit muß gestiftet werden. Gegen die Zurückziehung der Truppen spricht die Unfähigkeit der Verhältnisse. Der Reichstag wird eine Politik des Selbstbestimmungsrechtes unterstützen. Die Annerkennung hat die Oberste Heeresleitung in den Streit gezogen. Ich glaube nicht, daß sich ein Offizier der programmatisch schlechten Politik widersetzt und seinen Abschied einreicht. Österreich muß wissen, daß wir keinen Gewaltfrieden wollen. Ein wesentlicher Teil von Wilsons Forderungen stimmt mit denen des Reichstages überein. Eine schlagdringliche Forderung des Reichstages ist, daß England unterworfenen Völkern die Selbstbestimmungsrechte der von England unterworfenen Völker? So bald Wilson die Unmöglichkeit unserer Gebiete garantiert, ist eine Verhandlungsgrundlage gefunden.

**Abg. Stresemann (nethl.).** Die englische Regierung macht keine genauen Angaben über den wirtschaftlichen Zustand ihres Landes. Die englischen Zeitungen bezeichnen die Schwere der Verorgung des Volkes. Eine solche Lage ist nicht zu ertragen. Unsere Staatsmänner sollten sich mehr zu den Reden feindlicher Staatsmänner äußern. Lloyd Georges Rede zeigt eine Friedensneigung. Wilsons 14 Punkte enthalten viel Sentimentalitäten. Die Integrität der Türkei müssen wir wahren. Auch wir wünschen keine American Belgien. Die militärische Lage ist nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der von unserer Truppen unterworfenen Gebiete, gegen die Politik des 5. Dezember 1918 haben wir schon früher Bedenken erhoben. In Italien ist keine politische Stellung vorhanden. Die verfassungsmäßige Verwaltung, die beim Eintritt in die Friedensverhandlungen vorhanden ist, wird nicht aber auf Selbstständigkeit. Die Besetzung der

# **Verteilung von Baumwollnähfäden u. Leinwandwira an Klein Händler, Verarbeiter u. Anstalten.**

Mit Genehmigung des Reichswirtschaftsamtes ist die Verteilung der Baumwollnähfäden und der Leinwandwira von der Reichsrohstoffabteilung des Königlich Preussischen Kriegswirtschaftsamtes auf die Reichsbekleidungsstelle übertragen, die die Verteilung, wie sie sich aus den nachfolgenden Bestimmungen ergibt, geregelt hat. Die grundsätzliche Grundlage wird in nächster Zeit durch eine Bundesratsverordnung gegeben werden. Sobald diese erlassen ist, werden Bundesratsabteilungen gegen die nachfolgenden Bestimmungen unter Strafe gestellt werden. Die Reichsbekleidungsstelle hat sich jedoch zur Beilegung der künftigen Verteilung dazu entschlossen, die materiellen Bestimmungen über die Verteilung schon jetzt zu veröffentlichen, damit es allen beteiligten Stellen — insbesondere den Kommunalverbänden — ermöglicht wird, die erforderlichen Vorarbeiten für die Verteilung schon jetzt zu beginnen.

## **I. Verteilung auf die Kommunalverbände.**

### **a) Verteilungsweg.**

Die Verteilung der Reichsbekleidungsstelle für die Klein Händler sowie die unter dieser Bekanntmachung fallenden Verarbeiter und Anstalten (§ 7) zur Verfügung stehenden Mengen an

### **b) Baumwollnähfäden**

erfolgt durch die Kommunalverbände.

Die Reichsbekleidungsstelle Vermaltungsabteilung (Abt. O, Geschäftsleitung) bestimmt vierteljährlich nach der Bevölkerungsanzahl, welche Mengen an Baumwollnähfäden und Leinwandwira für das kommende Kalenderviertel für die einzelnen Kommunalverbände entfallen. Die festgelegten Mengen werden den Kommunalverbänden rechtzeitig bekannt gegeben.

## **II. Verteilung auf die Bedarfsstellen.**

### **a) Verteilungsweg.**

Die Kommunalverbände haben unverzüglich nach Eingang der gemäß § 1 Abs. 2 erfolgten Bekanntgabe die auf sie entfallenden Mengen an Baumwollnähfäden und an Leinwandwira nach einem ihnen im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziale Zusammensetzung ihres Bezirks geeignet erscheinenden Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Bedarfsstellen ihres Bezirks (§ 7) unverzüglich zu verteilen. — Sie haben dabei die nach § 7 Abs. 1 unter ihrer Verteilung fallenden Anzeigen und Verarbeiter gegenüber der Reichsbekleidungsstelle, insbesondere die Zahl ihrer Arbeiter, zurunde zu legen.

Den Kommunalverbänden wird anheim gegeben, sich zur Festlegung des Verteilungsschlüssels eines Bezirkes zu bedienen, der sich aus Vertretern der verschiedenen Interessentengruppen, insbesondere der Kleinhändler der Verarbeiter und der Verbraucher zusammensetzt.

### **b) Bedarfsstellen.**

Bedarfsstellen im Sinne dieser Bekanntmachung sind:

1. Personen und Betriebe d. e. Bezirks, die Baumwollnähfäden oder Leinwandwira gewerbsmäßig unmittelbar an die Verbraucher gegen Entgelt veräußern — Kleinhändler;
2. die Personen und Betriebe des Bezirks, die  
1. Baumwollnähfäden oder Leinwandwira in ihnen hierzu übergebene Gewerkschaften gewerbsmäßig gegen Vergütung für andere Verarbeiten (z. B. Färbereien) oder  
2. Baumwollnähfäden oder Leinwandwira gewerbsmäßig zur Herstellung von Gegenständen verarbeiten (z. B. Wäscherneiderei) — Verarbeiter —, sofern in den unter 1 und 2 genannten Verarbeitungsbetrieben am 1. Dezember 1917 nicht mehr als 15 Arbeiter dauernd beschäftigungspflichtig beschäftigt waren;
3. Anstalten mit Anstalten (z. B. Krankenanstalten, Gefängnisse), die diese Sachen schon in der gemäß § 1 der Verteilung zugrunde liegenden Bevölkerungszahl mit enthalten sind (vergl. § 6 Abs. 1).

Vertriebe, die gleichzeitig Kleinhändler und Verarbeitungsbetriebe sind, soweit sie in den Verarbeitungsbetrieben am 1. Dezember 1917 mindestens 15 Arbeiter dauernd beschäftigungspflichtig beschäftigten (genügende Betriebe großen Umfangs), nur für ihren Kleinhändlerbetrieb als Bedarfsstellen anzusehen.

Keine Bedarfsstellen im Sinne dieser Bekanntmachung sind die Kommunalverbände selbst, sonstige behördliche Einrichtungen, sowie die Anstalten, die nicht unter Absatz 10 fallen. Für diese sowie die sonstigen Personen und Betriebe, die nach Absatz 2 und 3 nicht oder nicht in vollem Umfang als Bedarfsstellen anerkannt sind, ist eine besondere Verteilung regelmäßig vorzusehen.

Als Bedarfsstellen sind ferner nicht anzusehen die Verarbeiter, die eine besondere Zuteilung an Baumwollnähfäden oder Leinwandwira von einer anderen Stelle, als der Reichsbekleidungsstelle erhalten. Ein Vergleich dieser Verarbeiter wird in den Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle veröffentlicht werden.

### **§ 9.**

#### **Bezugsberechtigungen: Ausfertigung.**

Die Kommunalverbände haben den einzelnen Bedarfsstellen Bezugsberechtigungen auszu fertigen.

### **§ 10.**

#### **Rechtsübertragungen: Gültigkeitsdauer.**

Die Bedarfsstellen haben die Bezugsberechtigungen der für ihren Kommunalverband zu rühmenden Bezugsstellen gleichzeitig mit der Verteilung einzureichen.

Bezugsberechtigungen, die bis zum Ablauf des Kalenderviertels, auf das sie lauten, bei der zuständigen Bezugsstelle nicht eingegangen sind, verlieren mit diesem Zeitpunkt ihre Gültigkeit.

## **III. Preisbestimmungen.**

### **§ 11.**

Die Bedarfsstellen sind berechtigt, auf den von ihnen an die für Lieferungsverpflichtungen anerkannten Preis 10% für Unkosten (einschließlich Beförderungsstellen) und für Gewinn sowie weitere 20% für Verwaltungskosten anzuschlagen. Der Angehörigen der Bezugsstellen ist vom Zentralverband des Deutschen Großhandels dem Deutschen Garnegroßhandel zuzuführen. In diesem gehen auch die dem Zentralverband des deutschen Großhandels nicht angehörenden Garnegroßhändler, die einen Antrag auf Gemeinverteilung beim Zentralverband des deutschen Großhandels einreichen. Das gleiche gilt von den Lieferanten, ohne Rücksicht, ob sie dem Zentralverband des deutschen Großhandels angehören oder nicht, die neben Kleinhändler auch Großhändler in Baumwollnähfäden oder Leinwandwira betreiben, wenn sie einen Antrag auf Gemeinverteilung beim Zentralverband des Deutschen Großhandels einreichen und ihnen nachweisen, daß sie in ihrem Großhandelsbetriebe im Jahre 1918 von einer der beiden Arten für mindestens 10000 Mt. unmittelbar vom Fabrikanten bezogen

haben; für erst später erworbene Betriebe tritt anstelle des Jahres 1918 das Jahr 1914. Die Gemeinverteilung auf die Garnegroßhändler und Berufsangehörigen hat nach dem im Jahre 1918 beim 1914 im Garnegroßhandel erfolgten Umlage zu geschehen. Das Nähere bestimmt der Zentralverband des Deutschen Großhandels mit Genehmigung der Reichsbekleidungsstelle. Streitigkeiten und Zweifel über die Gemeinverteilung und über die Zulassung als Berufsangehöriger entscheidet die Reichsbekleidungsstelle endgültig.

Die Kleinhändler sind berechtigt, auf den von ihnen an die Bedarfsstellen erzielten Preis insgesamt 20% für Unkosten (einschl. Beförderungsstellen) und für Gewinn anzuschlagen. Über den in Absatz 1 und 2 genannten dürfen Aufschläge für sonstige Unkosten und dergl. nicht erhoben werden. Die Kosten der Beförderung trägt der Empfänger.

## **IV. Verteilung auf die Verbraucher.**

Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die den Kleinhändlern zugewiesenen Mengen auf die Verbraucher ihres Bezirkes zu verteilen.

Sie haben zu diesem Zwecke für jedes Kalendervierteljahr erstens für das erste Kalendervierteljahr 1918 — im Voraus diejenige Menge festzusetzen und rechtzeitig zu veröffentlichen, die auf die einzelnen Verbraucher oder Verbrauchergruppen entfallen soll. Als Verbraucher sind nicht anzusehen die in § 7 Abs. 1 und 2 genannten Bedarfsstellen sowie die sonstigen in § 7 Abs. 2, 3 und 4 genannten Stellen oder Personen.

Die Kommunalverbände haben anzunehmen, daß die Abgabe nur erfolgen darf gegen die Leistung bestimmter Bezugsmittel (z. B. Lebensmittelpfand-Abchnitte).

## **V. Verpflichtungen der Kleinhändler und Verarbeiter.**

Die Kleinhändler sind verpflichtet, solange sie Baumwollnähfäden oder Leinwandwira in ihrem Betriebe vorrätig haben, an jeden Abnehmer einen gültigen, von ihrem Kommunalverband ausgegebenen Bezugsmittel, die auf diesen jeweils entfallende Menge der betreffenden Art anzugeben. Die Abgabe darf nicht vom Besuche anderer Waren oder von irgendwelchen anderen Bedingungen abhängig gemacht werden. Abgabe ohne Abnahme eines gültigen Bezugsmittels oder Abgabe einer größeren Menge als der für die einzelne Bezugsmittel jeweils gilt, sowie das Fordern oder Annehmen höherer als der nach § 14 Absatz 4 vom zuständigen Kommunalverband veröffentlichten Preise ist verboten.

Die Inhaber gemeinsamer Betriebe großen Umfangs (§ 7 Abs. 2) in Verbindung mit § 7 Abs. 3 sowie die Inhaber gemeinsamer Betriebe kleinen Umfangs (§ 8) dürfen die ihnen für ihre Verarbeitungsbetriebe gelieferten Baumwollnähfäden und Leinwandwira nur in diesen Betrieben verarbeiten und nicht unverarbeitet veräußern; sie dürfen die ihnen für ihre Kleinhändlerbetriebe gelieferten Mengen nur in diesen an die Verbraucher veräußern und nicht unverarbeitet veräußern.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Die gemäß § 7 in Frage kommenden Kleinhändler, Verarbeiter und Anstalten werden hiermit — bei Vermeidung des Ungehorsams anzuordnen, ihren Anträgen innerhalb 14 Tagen anzukommen.

Merseburg, am 28. Januar 1918.

**Der Königliche Landrat.**  
J. A. von Grone.

## **Bekanntmachung über Ferkelaufzucht.**

Der An- und Verkauf von Ferkeln ohne besondere Erlaubnis ist verboten. Die Erlaubnis erteilt der Viehwahlverband des Provinz Sachsen in Magdeburg, Kaiserstraße 66.

Erlaubnis zum Aufzucht zur Schlachtung wird nicht mehr erteilt, wenn Aufzucht zur Schlachtung oder Ferkelaufzucht nicht mehr erteilt, wenn der Käufer eine Beteiligung der zuständigen Ortsbehörde beabsichtigt, daß ihm genügend erlaubtes Ferkel zur Verfügung steht zur Weiterzucht der Schweine und, daß er sich regelmäßig durch Schweineausstellungen die Jahre vorher selbst vergewissern hat. In diesem Zweck hat er eine Beteiligung in folgender Form beizubringen:

1. hat sich über die Schlachtung des Schweine gemäht zur Deckung seines Bedarfs als Selbstverbraucher;
2. das — die — Ferkel ist — bestimmt als Ersatz für geschlachtete Hauschlagschweine;
3. ich habe mich davon überzeugt, daß dem Antragsteller genügend Futtermittel zur Verfügung stehen, und die frisch angekauften Ferkel neben den Ferkeln von ihm gehaltenen Vieh bis zum Beginn der Grünfütterung aufziehen zu können.

(Ort) ....., den ....., 1918.  
(Siegel)

(Magistrat, Gemeinde, Gutsoorsteher).  
Merseburg, den 28. Januar 1918.

**Der Königliche Landrat.**  
J. A. von Grone.

## **Grüßwurft.**

Am Sonntag den 26. Januar 1918  
nachmittag von 4 bis 7 Uhr.

ist an die Merseburger Einwohner auf Markt Nr. 32 bezw. 33 der Schlachtkarte

1/2 Pfund Grüßwurft zum Preise von 50 Pfennig abgegeben.

Zur Abgabe des Wertes geschieht die Ausgabe in nachstehender Reihenfolge:

im Laden Burgstraße Nr. 16  
für die Inhaber der Grünwurftkarten Nr. 740 bis 8800;

im Laden An der Gasse Nr. 2  
für die Inhaber der Grünwurftkarten Nr. 881 bis 1000 der Marke Nr. 32  
und außerdem Nr. 1-100 der Marke Nr. 33.

Zur Abgabe des Wertes ist es bei dem bekannten Verfahren.  
Für unvollständigen Abgabe des Wertes wird ersucht, das Feld (50 Pfennig für 1/2 Pfund Grüßwurft) abgehakt bereit zu stellen.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Grüßwurft ohne Grünwurftkarte nicht gefordert und abgegeben werden darf.  
Das ungenützte Stehen vor den Verkaufsstellen während der Ausgabe ist, da zwecklos, zu unterlassen.  
Merseburg, den 23. Januar 1918.  
Das Königl. Lebensmittelamt.

## **Öffentliche Sitzung** der **Stadtverordneten-Versammlung.**

Montag den 28. Januar 1918  
abends 7 Uhr, im Stadtvorstandesausschusse.

### **Tagesordnung:**

1. Abänderung d. Deputationen.
2. Abahl der Mitglieder der Deputationen.
3. Erhöhung der Tagessätze der Deputationen.
4. Vergrößerung des Wohnraumes im Dachgeschoss des Kantonsamtes.
5. Nachbesserung für Dachreparaturen am Seminar.
6. Verwendung des Mehrlaufes des Elektrizitätswerkes.
7. Überweisung von Verarbeiten des Gas- u. Wasserwerks auf der Brunnenstraße.
8. Beschaffung von Möbeln für die Einrichtung eines öffentlichen Speiseraum.
9. Beschaffung eines Experimentierapparates für die Mittelschule.
10. Gründung von 2 neuen Vereinen für das Stadtkreisamt.

Merseburg, den 24. Jan. 1918.  
Der Stadtverordneten-Vorsteher.  
Bötsche.

## **Dachpappe** in Rollen und einzelnen Metern bei

**Eduard Klaus.**

**Achtung!**

Schle für alle  
neue Dampfmaschinen  
No. 1, 55 Mt. für Lampen und  
Metalle höchste Preise.

Paul Hirsch, Johannstraße 107,  
Alte Haupt- u. die Hauptstraße zu sehen.

Oberdrück, Günterstraße u. Säulen  
lieferer preiswert. Bestellen Sie  
Preisliste. Rudolf Gleichsch,  
Hauptstraße 107/108.

## **Bettmatten**

Bettung sofort. Alt u. Neueste  
angeben. Auskunft umsonst.

Santa Versand  
Münden 614, Rindmühlstr. 44.



## **Viere zum Schlachten**

aus  
Felix Möbius, Roßschlächterei,  
Fleier Keller 1. Fernspr. 583.

## **Hüte**

zum Anpressen u. Färben nehmen  
nur bis Ende Februar an

**Marie Müller Nachf.,**  
M. Merker & H. Sachse.

Kaufe jeden Boden ausgetimmtes

## **Damenhaar**

Rosshaar, Kaninchen- und  
Maushaare in alle höchste  
Preise.

**Frau Irmisch.**  
Johannstr. 16.

## **Gips**

aus neuer Sendung emp-  
fiehlt in Säcken und aus-  
gewogen

**Eduard Klaus.**

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verkaufspreis: vierteljährlich 1,80 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post 2,52 Mk. einschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.  
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

**Gratisbeilagen:**  
Illustriertes Unterhaltungsblatt  
Landwirthl. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Lotterielisten — Kurztittel

Anzeigenpreis: Für die einbaltige Beilagen oder deren Raum 30 Pf., im Klammertel 75 Pf. Chiffreanzeigen und Nachweilungen 20 Pf. mehr. Platzschrift ohne Verbindung. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: 9 Uhr abends.  
—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

Nr. 22

Sonnabend den 26. Januar 1918

44. Jahrg.

## Die Kanzlerrede im Hauptausschuß. — Auf allen Fronten geringe Geschäftstätigkeit.

### Bertlings Rede im Hauptausschuß.

Die viel erwartete Rede des deutschen Reichskanzlers Grafen Hertling vor dem Hauptausschuß des Reichstages ist nun gehalten worden, aber man muß gleich betonen, daß sie Überforderungen nach keiner Seite hin bringt. Ein gewisser nüchterer Ton zieht sich durch die ganzen Ausführungen, aber man darf daraus nur entnehmen, daß Deutschland nicht der Stimmung durch die Kräfte bedarf, sondern auf der dem Reichskanzler als überaus günstig gekennzeichneten militärischen Lage die Diskussion in sachlicher Ruhe führen kann. Graf Hertling vermeidet es sogar, auf den sehr erheblichen Widerspruch von Trotski Stellung in Breslau und in Petersburg hinzuweisen, obwohl durch die Deklaration der russischen Arbeiterrechte, die man bei Konstantine abwarten wollte, jetzt ganz klar erwiesen ist, daß Herr Trotski für die besetzten Gebiete nicht die freie Abstimmung, sondern lediglich den Terror der roten Garde haben möchte. Allerdings erklärt der deutsche Reichskanzler klar und klar, daß das Nichteingehen der Entente auf die Behn-Logo-Frist von Breslau-Trotski uns nicht nur gegenüber der Entente, sondern auch gegenüber den eigentlichen Kriegsteilnehmern Lloyd George fertig der Reichskanzler nach Gehör mit überlegener Fronte ab. Er geht nicht veränderten Ton zu, stellt aber fest, daß in ihr von ernstlichen Friedenswillen nichts zu spüren ist. Eine eingehendere Würdigung findet das Friedensprogramm Wilsons. Mit nicht unbewiesener Klarheit weist der Reichskanzler allerdings zum Schluß darauf hin, daß aus den 14 Punkten des Herrn Wilson kein ehelicher Wille zur Friedensbereitschaft zu erkennen ist, daß sich der Präsident der amerikanischen Union in der Kriegslage völlig irrt und sich verhält, zu uns in der Rolle des Siegers zum Beistehen zu sprechen. Gleichwohl distanziert der Reichskanzler die 14 Punkte Wilsons der Reihe nach. Er stellt

ter Graf Hertling kam in Begleitung der meisten Staatssekretäre. Er begann sofort nach Eröffnung der Sitzung mit keiner Rede, der wir folgendes entnehmen: „Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor dem Ausschuss zu sprechen — es war am 3. Januar — fanden wir, so schön es, vor einem in Breslau-Trotski eingetretenen Zwischenfall.“

Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben. Die russischen Delegierten sind wieder im Breslau-Trotski eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die die Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon verschiedentlich hingewiesen. Man muß sich heute in der Tat der Zweifel entladen, ob es den russischen Delegierten ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerdings zunächst, die durch die Welt gehen mit höchst langsamem Schritt, könnten diese Zweifel bekräftigen. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Breslau-Trotski demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.“

Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit der Ukraine. Auch hier sind nach Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind glücklicher. Wir hoffen demnächst mit der Ukraine zu einem Abschluß zu kommen, der nach der militärischen Lage natürlich ist. Ein Ergebnis war bereits am 4. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen.“

Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine

#### Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer

ergehen zu lassen, sie sollten an den Verhandlungen teilnehmen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorbedingungen sehr allgemein gehalten. Ich unterbreite. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingetwilligt unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß

wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden

sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit England und daß wir auch Sonderverhandlungen mit der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise gebunden sind.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner

erfolgt: die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson am Tage darauf. Ich erlaube mir an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat, er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezeichnete Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Gehört.) Inwiefern kann ich aber nicht so weit gehen, wie manche Stimme aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen, er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung, aber dazwischen steht es doch auch nicht von anderen Äußerungen, die sich gegen Deutschland richten, wobei die Auffassung durch, daß er über das aller Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe. Eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von erstem Friedenswillen noch nichts zu spüren können. Wir stellen die Schwierigkeiten fest, aber die nun die Entente zu Gesicht ist. Das nötigt mich zu einem kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge.

Wegen Raummangels können wir auf diesen Rückblick nicht näher eingehen. Der Reichskanzler erklärte dann weiter: Sie haben die Reden Lloyd Georges und die Botschaft des Präsidenten Wilson kennen gelernt. Ich muß wiederholen was ich zu Anfang sagte: Wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Botschaften uns wirklich ein ernstlicher, ehelicher Friedenswille entgegentritt. Sie enthalten gewisse Grundzüge für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir

zustimmen und die Ausgangs- und Zielpunkte der Verhandlungen bilden können. Wo aber konkretere Fragen zur Sprache kommen können, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille wenig bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht vernichten, aber sie

bestreiten begehrt nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder.

Sie sprechen mit Ablehnung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen bringt immer wieder die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Bösen tun und Besserung geloben müssen. Da spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten, das spricht derjenige, der alle unsere früheren Äußerungen der Friedensbereitschaft als bloßes Zeichen der Schwäche deuten. Von diesem Standpunkt, von dieser Einstellung lassen sich die Führer der Entente nicht losmachen. Um es Ihnen zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn wirklich die Lage ist. Mögen sie sich gelagt sein lassen:

Unsere militärische Lage war niemals so günstig, wie sie jetzt ist.

(Braut) Unsere genialen Führer sehen mit unermindelter Zuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften geht ungebrochene Kampfesfreude.

Ich erinnere an das Wort, daß ich am 20. November im Hause sprach: „Unsere widerstandsfähigste Friedensbereitschaft, der Geist der Bereitschaft, der aus unseren Vorschlägen spricht, der darf

#### Lein Freibrief für die Entente

sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Inwiefern uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren, aber, wie Lloyd George sagte, eine Rekonstitution durchsetzen lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Aber dieser dauernde allgemeine Friede ist so lange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Was dahin beizutragen, ist, ruhig zusammenzufassen und abzuwarten. In Ziele, meine Herren, sind wir alle einig. (Beifalles Braut) Aber die Methoden und Modalitäten kann man verschiedenartiger Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücksetzen. Strategien wir nicht über Formeln, die bei dem nächsten Lauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen, und behalten wir über trennende Parteigegensätze hinaus das eine gemeinsame Ziel im Auge, das Wohl des Vaterlandes! Sie sehen wir zusammen, Regierung und Volk, an der Sieg wird unser sein.

#### Ein guter Friede wird und muß kommen.

Das deutsche Volk trägt in besonderem Maße die Leiden und Opfer des nun in keinem zweiten Jahre währenden Krieges. Hier sie alle, Männer und Frauen, wollen aushalten und durchhalten; in politischer Weise lassen sie sich nicht von Schlagworten bedrängen, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückseligen Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen, Gott ist mit uns und wird auch fernher mit uns sein. (Beifalles Braut.)

Aus den Ausführungen des Grafen Cernin in den österreichisch-ungarischen Delegationen seien folgende Stellen wiedergegeben: Die Bahn, auf der Österreich-England mit den verschiedenen neu erschienenen russischen Vorschlägen verhandelt, ist die ohne Kompromissionen und ohne Annexionen. Das ist das Programm, von dem ich nicht abweichen werde. Ich erkläre nochmals, daß ich

keinen Quadratkilometer, keinen Streifen von Rußland

verlange,

und daß, wenn Rußland, wie es scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt, die Friedensfrage de facto in dem n. u. g. Diejenigen, die den Frieden im jeden Preis wollen, können Zweifel an meinen Absichten

